



Regierung treibt Menschen in die Armut

Das zwischen ÖVP und FPÖ ausgehandelte Regierungsabkommen umfasst 40 Seiten, einige Willensbekundungen und das Konkrete ist zum Grausen. Wenn Sie ArbeitnehmerIn, MigrantIn oder PensionistIn sind, dann langt Ihnen die Regierung tief in die Tasche. Und Sie sollten lieber nicht krank oder arbeitslos werden - denn das wird künftig verheerende Auswirkungen haben. Sind Sie aber reich und/oder haben ein großes Aktienpaket/ein Unternehmen, dann können Sie sich bei der Regierung bedanken.

VON SONJA GRUSCH SLP
WIEN NORD

Immer mehr Menschen sind wütend darüber, dass die Bedürfnisse der Wirtschaft auf ihre Kosten befriedigt werden. Das neue Regierungsprogramm ist ein Angriff auf ArbeitnehmerInnen, sozial Schwache und beinhaltet die lange von der FPÖ geforderte „Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses“. „Wir können feststellen, dass wir in den wesentlichsten Punkten gehört worden sind“, sagte Lorenz Fritz, Generalsekretär der Industriellenvereinigung in einer ersten offiziellen Reaktion. Auch wenn Regierung und „ExpertInnen“ versuchen, Optimismus zu verbreiten, sind die Perspektiven für die österreichische Wirtschaft alles andere als rosig. Ein „zügiger, durchgreifender Aufschwung, der sich über zwei bis drei Jahre erstreckt“, ist nach Ansicht von Wifo-Chef Helmut Kramer derzeit nicht auszumachen. Und Deutschland, die wichtigste Volkswirtschaft der EU und wichtigster Handelspartner Österreichs steckt in einer Rezession und wird heuer nur um 0,6 bis 0,7 % wachsen. Die Auswirkungen eines Krieges im Nahen Osten und damit eines explodierenden Ölpreises sind noch gar nicht einberechnet. Im Regierungsprogramm geht es in Wirklichkeit darum, den Unternehmen angesichts der Krise ihre Profite zu sichern. Wo ihnen Einnahmen wegfallen, müssen sie bei den Kosten (Löhne, Sozialleistungen, Steuern) kürzen. Ein Vergleich, der die Ungerechtigkeit aufzeigt: im Februar waren 295.000 Menschen arbeitslos und weitere 45.000 Arbeitssuchende in Schulungen - gleichzeitig ist Österreich international Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen.

PRIVATISIERUNG UND DER KAPITALMARKT

Die von Schwarz-Blau II angestrebten Privatisierungen dienen

dazu, den Unternehmen unser Geld zum Spekulieren zu geben. Am deutlichsten wird das im Bereich Pensionen, wo der „weitere Ausbau der 2. und 3. Säule der Altersversorgung“ angestrebt wird. Der Verkauf der letzten staatlichen Anteile wird für KonsumentInnen und Beschäftigte zu schlechterem Service und niedrigeren Einkommen führen. Das haben internationale Beispiele (z.B. British Rail) gezeigt. Neben der „weitere(n) vollständige(n) Privatisierung (100%) von Böhler Uddeholm AG, VA Technologie AG, Voest Alpine AG, Österreichische Postbus AG (...), Österreichische Bauholding AG und der Telekom Austria“ wird auch für die Österreichische Post AG ein „strategischer Partner“ gesucht und damit „ein erster Privatisierungsschritt vorgenommen“. Außerdem ist die „Aufhebung der mehrheitlichen Beteiligung der öffentlichen Hand bei Stromversorgern“ zu finden. Für die ÖBB ist eine „Neuordnung“ geplant, die die „Reduktion des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand durch Effizienzsteigerung“ zum Ziel hat.

NULLDEFIZIT UND STEUERREFORM

Das 2000 als Dogma verkaufte Nulldefizit wird fallengelassen, stattdessen die Verantwortung des Staates in der Wirtschaftspolitik wiederentdeckt. Das bedeutet allerdings keinen grundsätzlichen Kurswechsel, sondern den Druck der österreichischen Wirtschaft auf staatliche Förderungen und Schutz vor ausländischer Konkurrenz (z.B. wenn sich im Regierungsprogramm kritische Töne zum GATS finden). Die als große Verbesserung verkaufte Steuerreform bei den kleineren Einkommen wird durch Verschlechterungen in anderen Bereichen wettgemacht (Pensionen, Gesundheitswesen, höhere Steuern auf Gas, Kohle und Treibstoffe). Und bei der 5x so großen zweiten Etappe der Steuerreform

sind ein „einfacherer Steuertarif“ (Flat-Tax = Senkung der Steuern für höhere Einkommen) und die „Entlastung des Faktors Arbeit“ (= weitere Senkung der Lohnnebenkosten auf Kosten der Beschäftigten) geplant. Wie kurz oder lang diese Regierung auch dauern wird - das Programm ist eine Kampfansage gegen alle, die nicht reich sind. Wenn Sie dazugehören, werden Sie mit der SLP gegen die Regierung und ihr Programm

aktiv.



Warnung:
Dieser Mann gefährdet Ihre Zukunft!

Warnung: Was auf sie zukommt

GEGEN ARBEITNEHMERINNEN:

- * Verlängerung der Öffnungszeiten - die Regelung, das ArbeitnehmerInnen nur jeden zweiten Samstag arbeiten dürfen, fällt.
- * Verkürzung der Berufsschulzeit - z.B. durch die Anrechnung der Polytechnischen Schule auf die Berufsschulzeit.
- * Stellenabbau im Öffentlichen Dienst: Grasser will rund 35.000 öffentlich Bediensteten einsparen - 10.000 beim Bund, den Rest in Ländern und Gemeinden.
- * Abschaffung der Frühpension, ein „Regelpensionsalter von 65“ und „Anhebung des Durchrechnungszeitraumes für die Bildung der Pensionsbemessungsgrundlage“ auf 40 Jahre - das bringt bis zu 30 % niedrigere Pensionen.
- * Die Arbeitszeitgestaltung soll dem Einfluss der Gewerkschaften entzogen werden - „Flexibilisierungsmöglichkeiten“ sollen auf betrieblicher Ebene und in Einzelvereinbarungen möglich sein.

GEGEN ARBEITSLÖSE:

Die Abschaffung der Frühpension und der Stellenabbau im Öffentlichen Dienst bedeutet mehr Arbeitslosen. Damit sich der Staat Geld „erspart“, sind massive Angriffe auf Arbeitslose geplant: * Abschaffung der Notstandshilfe und Überführung in eine „Sozialhilfe neu“. Fraglich ist die Finanzierung - erhalten die Länder,

die die Sozialhilfe auszahlen, zusätzliche Gelder oder müssen sie mit den bisherigen auskommen?

- * Die Bestimmungen für die Sozialhilfe unterliegen dem/der jeweiligen Landeshauptmann/frau. In einigen Bundesländern ist es bereits üblich, das sich das Land diese von Angehörigen oder sobald wieder ein Einkommen vorliegt zurückzuholen. Außerdem: Die Zeit, die man/frau Notstandshilfe erhält, gelten als Versicherungszeiten für die Pension, jene Zeiten, in denen aber nur Sozialhilfe bezogen wird nicht!
- * Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen: das bedeutet, dass künftig verlangt werden kann noch weiter als bisher zu pendeln oder sogar den Wohnort zu wechseln und auch der Umstieg in andere Berufsfelder erzwungen werden kann.

GEGEN FRAUEN:

Das Regierungsprogramm hat v.a. eine Festschreibung von Frauen auf ihre „traditionelle“ Rolle.
* Als „gezielte Arbeitsmarktmaßnahme für Frauen“ werden Umstiegsprogramme in Pflegeberufe angeführt - Pflegeberufe sind 1) ohnehin ein traditioneller Frauenbereich und 2) wird damit versucht, Frauen stärker in die Pflege kranker Angehöriger zu drängen (dieser Ansatz findet

sich in „Förderung des Unternehmens Haushalt“).

- * Wenn „die Bundesländer ... eingeladen (werden), ihre Familienleistungen ... auf jene Zeiten zu konzentrieren, in denen es keinen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gibt“ bedeutet das im Klartext das Frauen die ersten drei Lebensjahre des Kindes zuhause bleiben sollen.
- * Die Verschlechterungen bei den Pensionen treffen Frauen aufgrund des höheren Teilzeitanteils, der Kinderbetreuung und den niedrigeren Einkommen extrem. Schon jetzt ist die durchschnittliche Frauenpension mit 678 Euro deutlich niedriger als jene der Männer (1444 Euro).

GEGEN KRANKE:

- * Abbau von 6000 Akutbetten im Gesundheitswesen
- * Erhöhung des Anteils der rezeptfreien Medikamente - also der volle Preis statt der bisherigen Rezeptgebühr.
- * Die Krankenschein- und Ambulanzgebühr werden durch Selbsthalte ersetzt. Diese müssen hoch sein, denn die „Kostensteigerung des Hauptverbandes (soll) um 250 Mio. Euro“ reduziert werden und die „Vermeidung prognostizierter Defizite in der Krankenversicherung (ist) im Ausmaß von 1 Mrd. Euro“ geplant.

GEGEN IMMIGRANTINNEN:

Die Regierung sorgt sich nur um die Rechte der „deutschsprachigen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol“, die „altösterreichischen Minderheiten im Ausland“ und die Benes-Dekrete.
* Für ImmigrantInnen gibt es Verschärfungen - die Rechte von ImmigrantInnen und AsylwerberInnen (zwischen denen eine scharfe Unterscheidung konstruiert wird) sind der Regierung offensichtlich egal.
* Menschen die nach Österreich kommen - wobei soziale Gründe nicht als „erzwungene Migration“ gelten - werden als potentielle Kriminelle, TerroristInnen und als unerwünscht behandelt. Im Kapitel „Inneres, Asyl und Integration“ findet sich u.a. „Internationale Vernetzung gegen international organisierte Kriminalität“, „Kampf dem internationalen Terrorismus“ und der „Kampf gegen Drogenhandel“.
* Das Asylrecht wird weiter beschnitten - vor Beginn des Verfahrens steht künftig ein „Zulassungsverfahren“ das mit Hilfe einer „Liste sicherer Drittstaaten“ die wenigsten AsylwerberInnen passieren werden.
* Blut vor Wohnsitz - in deutscher Tradition ist einerseits die „Erleichterung der Beibehaltung und Wiedererlangung der Österreichischen Staatsbürgerschaft“ und andererseits die

Wie die Regierungs-Angriffe stoppen?

Streiks sind berechtigt

Der Kollaps der Regierung 2002 war für Viele eine Erleichterung. Es gab die Hoffnung, damit sei zumindest die Einbindung der rechtsextremen FPÖ beendet. Über 80 % haben bei der folgenden Wahl gegen andere Parteien gestimmt. Aber obwohl es einen grundlegenden Vertrauensverlust in die etablierten Parteien gibt, behielten ÖVP und FPÖ eine knappe Mehrheit.

VON FRANZ BREIER JUN., SLP
WIEN-MITTE

Trotz der enormen Ablehnung von Blau-Schwarz konnte die SPÖ diese Stimmung 2002 nicht nutzen. Immer mehr sehen die SPÖ (und Grün) bestenfalls als „kleineres Übel“. SPÖ oder Grün zu wählen, um Blau-Schwarz los zu werden, erwies sich als falsch - auch taktisch. Nicht die ÖVP-Kampagne gegen „Haschtrafiken“, sondern u.a. die Erfahrungen mit „Rot“-Grün in Deutschland haben die „Alternative“ SPÖ-Grün untergraben. Zu Recht, denn auch eine solche Regierung hätte nicht mit neoliberaler Politik und selbst der rassistischen Asylpolitik gebrochen! Es hätte nur kosmetische Veränderungen gegeben. Zur Erinnerung: ohne die Vorarbeit der SPÖ-geführten Sparpakete, Privatisierungen und Asylgesetze der 90er wären diese ÖVP-FPÖ-Angriffe so nicht möglich! Diese Politik entspringt den Notwendigkeiten des internationalen Konkurrenzdrucks im Kapitalismus. Wenn sich eine Partei diesen Sachzwängen beugt, ist sie dazu verdammt, Sozialabbau und Rassismus durchzuführen.

GRÜNE DESILLUSION

Auf der Suche nach einer halbwegs stabilen Sozialabbau-Regierung machte Schlüssel auch bei den Grünen Station. Diese schrecken letztlich angesichts der weltweiten Zuspitzungen rund um den Irak-Krieg und der Massenprotesten zurück. Die Bedingungen der ÖVP (Militärbündnis, Beistandspflicht) gingen ihnen dann doch noch zu weit. Grundsätzlich hielt sie jedoch nichts davon ab, ernsthaft Detail-Verhandlungen zu führen. Die Grünen haben in der Praxis bewiesen, dass sie ein Teil des bürgerlichen Parteienspektrums sind und nicht Trägerin einer Gegenbewegung. Die Regierung wird eine Regierung der Krise sein. Doch: wie stürzt die Regierung und was kommt danach? Hier haben SPÖ und Grüne wie in den letzten drei Jahren aus Sicht der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen keine echte Alternative anzubieten. Die internationalen Massenbewegungen der letzten Jahre, derzeit die Anti-Kriegs-Bewegung, finden neben und gegen diese Parteien statt. In Britannien ist die kriegstreibende Labour-Regierung geschwächt und besonders jene

ArbeiterInnen, die sich in Arbeitskämpfen befinden, suchen nach einer Alternative zum neoliberalen „New Labour“.

STREIKS GEGEN DIE ANGRIFFE

Den vielversprechendsten Widerstand gegen die Angriffe der Regierung könnten die Organisationen der ArbeiterInnenklasse führen - das hat das Scheitern der „Widerstandsbewegung“, die sich auf Demonstrationen beschränkte, bewiesen: Der ÖGB muss den bisher hohlen Drohungen gegenüber der Regierung gegenüber die Mitgliedschaft muss bundesweit mobilisiert, informiert und zum Streik organisiert werden. Viele ArbeitnehmerInnen werden angesichts der drohenden Pläne noch stärker als zu Zeiten der Urabstimmung zu aktivem Widerstand bereit sein! Streiks sind ein berechtigtes und wichtiges Mittel, auf das wir nicht mehr verzichten sollten - zuviel steht auf dem Spiel.

Dass Teile des ÖGB noch immer an die SPÖ und eine „Sozialpartnerschaft“ mit Unternehmern und Regierung gekettet sind, ist ein Hemmnis für solche Gegenwehr. Um das zu überwinden, gehört der Kampf in den Gewerkschaften für den Aufbau einer Opposition zum fatalen Kurs der gegenwärtigen Führung dazu. Gleichzeitig braucht es die Entwicklung einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugend-

ÖGB-Präsident
Verzetrnitsch: Dem
Winken müssen
Kämpfe folgen

liche, um Widerstand langfristig auf tragfähige Beine zu stellen. Eine neue ArbeiterInnenpartei muss sich von den Methoden und dem Anspruch der SPÖ vergangener Tage unterscheiden. Sie soll keine bloße „Stellvertreter“-politik machen, sondern versuchen, die Betroffenen zu aktivieren und über Grenzen wie Herkunft, Alter und Geschlecht hinweg gemeinsam zu organisieren. Für eine echte Alternative braucht es ein sozialistisches Programm. Sie muss unter den Sachzwängen der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen stehen und nicht den Sachzwängen der Unternehmer-Interessen und ihres krisengeschüttelten Systems.

Die in SPÖ und Grüne herrschende Vorstellung eines letztlich verhandelbaren Kompromisses zwi-



schen Unternehmern und ArbeitnehmerInnen muss der Vorstellung der Notwendigkeit der internationalen Einheit von ArbeiterInnen und Jugendlichen weichen. Die Erfahrungen des SLP-Wahlkampfes 2002 und 20.9 % für die KP in Graz im Jänner deuten das Potential für eine neue ArbeiterInnenpartei an. Derzeit gibt es noch keinen sichtbaren Ansatz für eine solche Partei. Doch das kann sich in kommenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen rasch ändern. Die SLP wird jeden Ansatz konsequent unterstützen und kämpft schon heute für den Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung. Entscheidend werden Massenbewegungen sein, die den Plänen von Regierung und

DIE SLP-TREFFPUNKTE:

WIEN-WEST: Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr
"Club International", 16, Payerg. 14 (nahe U6-Josefstädterstr.)
WIEN-MITTE: Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8 (nahe U3-Neubaugasse)
WIEN-MARGARETEN: Jeden Donnerstag um 19.30 Uhr
"Bunte Kuh", 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr
"Peer Gynt", 20, Jägerstr. 38 (nahe U6-Jägerstr.)

FPÖVP, Krieg und Neutralität

Die Regierung und der Krieg

Die neue/alte österreichische Bundesregierung ist nicht gegen den Krieg. Man warte auf die „Legitimation durch die UNO“. Seit den 90er unterstützt der österreichische Staat das Kriegsverbrechen der UN-Sanktionen gegen die irakische Bevölkerung. Wir sagen: Mit oder ohne UNO-Mandat bleibt es ein Krieg für Öl und ein Massenmord! Was hat das neue Regierungsprogramm zu bieten und welche Aufgabe stellt sich für die Anti-Kriegs-Bewegung?

VON PABLO HÖRTNER, SLP
WIEN-WEST

Dass es zu Militarisierung und einem neuen Militärbündnis kommen soll, steht fest. 1.500 Soldaten sollen für das „militärische Planungsziel der EU“ bereitgestellt werden. Doch damit nicht genug, wollen FPÖVP auch gleich in die NATO: „Konsequente Weiterentwicklung der Beziehungen Österreichs zu Nato ... die Beitrittsoption im

Auge behalten.“ Könnten sie es denn noch klarer formulieren? Schritte Richtung Berufsheer werden gesetzt. Der Ankauf von Abfangjägern und anderem Gerät wurde bekräftigt.

FEIND AUCH IM EIGENEN LAND

In anderen Ländern wurde bereits vorgemacht, was bei uns bald zur Realität werden soll: Bei den Protesten gegen die WTO in Seattle, gegen den IWF in Prag, gegen den G8-Gipfel und die Berlusconi-Regierung in Genua, sowie bei zahlreichen anderen Kundgebungen wurde das Militär gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. In Seattle herrschte im Dezember 1999 auf Grund der Proteste Ausnahmezustand. Auch in Österreich wurden schon Spezialeinheiten der Polizei gegen friedliche Demos eingesetzt.

„Antiterrorausbildung“ und die „Krisenprävention“ wird für andere Zwecke genutzt werden. In nicht allzu ferner Zukunft könnten solche Spezialtruppen auch gegen Streiks und Widerstand gegen die Regierungspolitik im eigenen Land eingesetzt werden. Bei wachsender sozialer Polarisierung ist es unausweichlich, dass „Unser Heer“ gegen uns eingesetzt wird. Als MarxistInnen betonen wir stets, dass die wesentliche Aufgabe des bürgerlichen Staates und seiner „bewaffneten Verbände“ (Engels) eben genau darin besteht, die bestehende (Un)Ordnung zu schützen.

NEUTRALITÄT - GIBT'S NICHT

Schon in Folge des ersten Golfkriegs 1991 sandte das österreichische Heer ABC-Einheiten in die Region. Die UNICEF schätzt die Folgen der UN-Sanktionen 1991-98 auf 500.000 Kinder im Alter unter fünf Jahren. Österreichische Truppen sind in Kosova, Kroatien, Afghanistan, Georgien, Bosnien, Kuwait (u.a.) stationiert. Sie helfen mit, den US-

und britischen Truppen den Rücken frei zu halten, um an den Golf zu mobilisieren. Österreich ist somit Teil der internationalen Kriegspolitik - genau genommen seit Jahrzehnten! Die Neutralität war seit jeher eine Farce. Das Konzept der Neutralität entsprach der Interessenslage des österreichischen Bürgertums in der Nachkriegsära. Sie wurde jedoch seit jeher im Sinne dieser Interessen gebeugt und gebrochen. Ob in Form von Waffenlieferungen, Geheimverträgen mit dem CIA, Überflügen oder im Rahmen der UNO.

STELLUNG BEZIEHEN!

Die Anti-Kriegs-Bewegung sollte klar Stellung beziehen und sich nicht an leere Formeln wie die „immerwährende Neutralität“ klammern. Für internationale Solidarität und gegen die Kriegstreiber, egal in welchem Land! Wir sind gegenüber den irakischen Massen nicht neutral. Wir

stehen auf ihrer Seite; ob sie gegen den Angriff oder die Hussein-Diktatur kämpfen. Internationale Massenmobilisierungen und erst recht koordinierte Blockade und Streik-Maßnahmen könnten den Krieg undurchführbar machen. Kämpfen wir gegen den Krieg mit den Waffen der internationalen Solidarität und den Methoden der ArbeiterInnen-Bewegung: Massenmobilisierungen, ziviler Ungehorsam, Blockaden, Streiks. Dass eine überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung so etwas wie „Neutralität“ verteidigen will, ist ein Ansatzpunkt für Widerstand gegen Militarisierung und Kriegstreiber. Denn dahinter steckt der vollauf berechtigte Wunsch nach Frieden und Sicherheit. Durchkreuzen wir der österreichischen Regierung ihre Pläne der Aufrüstung und Militarisierung! Volksbegehren werden dazu nicht das geeignete Mittel sein, sondern



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn 1.100,- Euro netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ist nötig. Diese wird in sozialen und politischen Kämpfen entstehen. Bauen Sie schon heute mit der SLP die sozialistische ArbeiterInnen-Bewegung wieder auf.
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.